

Streit um Rohstoffe in der Arktis

Russische Flagge am Meeresgrund aufgestellt

Moskau. Nach der russischen Expedition zum Nordpol ist ein heftiger Streit um die Arktis mit ihren Öl- und Gasvorräten im Eismeer entbrannt. „Die Arktis ist kanadisch. Sie ist unser Eigentum. Unser Meer“, sagte der kanadische Außenminister Peter G. MacKay. Der kanadische Fernsehsender CTV berichtete am Freitag, die Regierung wolle acht Patrouillenschiffe zur Sicherung ihrer Ansprüche in der Arktis stationieren.

Bei einer groß angelegten Tauchaktion hatten Polarforscher eine russische Flagge aus unverwundlichem Titan in mehr als 4000 Metern Tiefe auf dem Grund des Eismeres aufgestellt und damit demonstrativ Moskaus Anspruch auf das Nordpolarmeer bekräftigt. Dänemark reagierte darauf mit eigenen Besitzansprüchen.

Das geographische Institut der russischen Akademie der Wissenschaften schätzt die Öl- und Gasvorräte in der Arktis auf 100 Milliarden Tonnen. Das sei das Doppelte der Vorräte auf dem russischen Festland. dpa

200 Tibeter festgenommen

Peking. Die chinesische Polizei hat laut einem Radiosender 200 protestierende Tibeter festgenommen. Der Vorfall ereignete sich am Mittwoch während eines traditionellen Pferde-Festivals in Lithang, einer von Tibetern bewohnten Region der westchinesischen Provinz Sichuan, wie Radio Free Asia berichtete. Auslöser sei die Festnahme eines 53-jährigen Tibeters gewesen, der auf einer Bühne gesagt habe: „Wenn wir den Dalai Lama nicht nach Hause einladen können, werden wir keine Religionsfreiheit und kein Glück in Tibet haben.“ afp

Brüsseler Geld für Flüchtlinge

Brüssel. Die EU-Kommission hat für Palästinenser, die wegen der Kämpfe um das Flüchtlingslager Nahr el Bared im Libanon fliehen mussten, vier Millionen Euro bereitgestellt. Die Hilfe sei für die „Opfer der Kämpfe“ gedacht, die in anderen Flüchtlingslagern oder Unterkünften im Libanon Zuflucht suchen mussten, erklärte die Kommission der Europäischen Union am Freitag in Brüssel. afp

Massenflucht aus Mogadischu

Nairobi. Die Massenflucht von Zivilisten aus Mogadischu hält an. Alleine im Juli seien 21000 Menschen vor den Kämpfen aus der somalischen Hauptstadt ins Umland geflohen, sagte eine Sprecherin des UN-Flüchtlingshilfswerks. Dort lebten jetzt 300 000 Menschen unter schwierigen Bedingungen. In Mogadischu seien die Kämpfe so heftig, dass es zu gefährlich sei, tagsüber das Haus zu verlassen. epd

Selbstjustiz mit Tomaten und Eiern

Jerusalem. Aus Wut über die regelmäßigen Raketenangriffe aus dem Gazastreifen haben Bewohner der südraelischen Stadt Sderot Selbstjustiz geübt - und mit Tomaten und Eiern zurückgeschossen. Die verderbliche Munition wurde mit Raketenwerfern der Marke Eigenbau auf den Gazastreifen abgefeuert. afp

@ politik@waz.de

Politikern auf die Finger geschaut

Seit vergangenem Jahr können Bürger ihre Bundestagsabgeordneten per Internet befragen. Jetzt steht die elektronische Sprechstunde „Abgeordnetenwatch“ auch für NRW an



Da hinschauen, wo die Macht ist: Bei dem Festakt „60 Jahre NRW“ im vorigen Jahr besuchten viele Bürger den Plenarsaal in Düsseldorf. Foto: Frank Preuß/Ruhrkontrast

Von Tina Halberschmidt

Essen. Politiker-Sprechstunde im Netz: Seit Dezember vorigen Jahres können Wähler ihre Bundestagsabgeordneten auf der Internetseite „www.abgeordnetenwatch.de“ per E-Mail kontaktieren und zu politischen Themen befragen. Neun Monate später bekommt die überparteiliche Plattform Nachwuchs: Abgeordnetenwatch für Nordrhein-Westfalen steht in den Startlöchern. Für die Finanzierung werden Menschen gesucht, denen transparente Politik etwas wert ist.

Doch von vorn: Dank Abgeordnetenwatch.de können Bürger ihren politischen Vertretern auf die Finger schauen. Wers schon immer wissen wollte, was „sein“ Bundestagsabgeordneter vom Bau des neuen Kohlekraftwerks, der Wehrpflicht oder der Höhe der Hartz-IV-Leistungen hält,

tippt seine Frage einfach in ein E-Mail-Formular und wartet, bis die Politiker reagieren. Und tatsächlich: „Die meisten Parlamentarier machen mit“, sagt Boris Henkele, einer der Initiatoren des Projekts, „die Antwortquote liegt bei 75 Prozent.“ Alle Antworten werden veröffentlicht.

Doch auch wenn erstmal kein konkretes Problem auf den Nägeln brennt, findet auf Abgeordnetenwatch.de eine Fülle an Informationen. Denn alle Mitglieder des Bundestags sind gelistet – mit Foto, Beruf, Kontaktadresse, Themenschwerpunkten und den wichtigsten Angaben zur Person. Zudem begleitet das Abgeordnetenwatch-Team Abstimmungen im Bundestag. Jeder sieht so auf einen Klick, wer ihn im Parlament vertritt und vor allem: wie.

Immer mehr Menschen nutzen die Möglichkeit zum offenen Dialog mit der Politik:

Täglich besuchen mehr als 10 000 Nutzer das Portal – ein Grund, das Projekt nun auch für die Länder zu realisieren. Und zwar in enger Kooperation mit der WAZ-Mediengruppe.

Doch das Mehr an Demokratie ist nicht kostenlos: Moderatoren kümmern sich um die eingehenden Fragen und leiten sie – sofern sie nicht beleidigend oder privater Natur

„Dies ist ein Angebot für Transparenz in der Politik“

sind – an den betreffenden Mandatsträger weiter. Die Profile der einzelnen Politiker müssen gepflegt, ihr Abstimmungsverhalten dokumentiert werden. Die Initiatoren rechnen daher mit Kosten in Höhe von 50 Euro pro Monat pro Abgeordneten.

Geld, das auch für das nord-

rhein-westfälische Projekt gebraucht wird: Abgeordnetenwatch.de für Nordrhein-Westfalen ist auf Menschen angewiesen, die die Kommunikation zwischen Volk und Volksvertretern unterstützen wollen. Entweder als Förderer oder als Spender.

Fördermitglied kann jeder werden, der sich bereit erklärt, ab fünf Euro pro Monat zu investieren. Als kleines Dankeschön werden alle, die regelmäßig mitfinanzieren, automatisch benachrichtigt, wenn ausgewählte Abgeordnete Antworten geben oder Fragen gestellt bekommen. Natürlich sind auch Spenden in jeder Höhe willkommen. Jeder Spendeneingang wird offen auf www.abgeordnetenwatch.de dokumentiert.

„Dies ist ein Angebot für Transparenz in der Politik. Wer sollte sich diesen Service leisten, wenn nicht wir Bürger“, begründet Boris Henkele

diese Form der Finanzierung. Er hofft, dass sich bald auch NRW-Abgeordnete positionieren werden – in der Politiker-Sprechstunde im Netz.

» www.abgeordnetenwatch.de

Überparteilich

„Abgeordnetenwatch.de“ ist eine überparteiliche und institutionell unabhängige Internetplattform und wird als gemeinnütziges Projekt von der Parlamentwatch GmbH in Kooperation mit den Vereinen „Mehr Demokratie“ und „Mehr Bürgerrechte“ betrieben. Alle Spenden politikinteressierter Bürger fließen in den laufenden Betrieb des Projekts. Sollten Gewinne anfallen, werden sie an andere gemeinnützige Organisationen gespendet. Dazu hat sich die Parlamentwatch GmbH verpflichtet.

Zahl der Obdachlosen jetzt ermittelt

In NRW leben 21 600 wohnungslose Menschen

Essen. In NRW gibt es mehr Obdachlose, als bisher angenommen. Bei einem Pilotprojekt des Familienministeriums wurden rund 6500 obdachlose Menschen ermittelt, die bisher nicht bekannt waren.

Damit erhöht sich die Zahl der Menschen ohne festen Wohnsitz auf insgesamt 21 600. „Wir hatten auch bisher eine gute Statistik“, so Barbara Löcherbach, Sprecherin des Ministeriums, „aber dabei wurden nur die Menschen erfasst, die auch den kommunalen Stellen bekannt waren.“ Diejenigen jedoch, die niemals dort betreut wurden, die vielleicht unter Brücken schliefen oder bei Wohnungslosen-Hilfen Freier Träger betreut werden, seien nicht erfasst worden. „Wir wussten, dass es eine Dunkelziffer gab, aber wir konnten nur schätzen, wie hoch sie sein könnte.“

Nun seien bekannte Daten mit neu hinzu gewonnenen vernetzt worden. Das Verfahren sei in zwölf Modellkommunen und 200 Wohnungslosen-Einrichtungen Freier Träger erprobt worden. Künftig sollen die Zahlen, so die Ministeriums-Sprecherin, jährlich durch das Landesamt für Statistik veröffentlicht werden. „Wir erhoffen uns dadurch klarere Aussagen über die tatsächliche Situation, aber auch neue Ansätze für die Obdachlosen-Projekte.“ awö

Manipulation am „Navi“

Las Vegas. Navigations-Systeme in Autos können Experten zufolge leicht manipuliert werden. Hacker könnten die GPS-Technik spielend einfach so ändern, dass Fahrer in falsche Richtungen gesteuert werden, wie die italienischen Experten Andrea Barisani und Daniele Bianco bei einer Sicherheitskonferenz demonstrierten. Die Systeme sind demnach vor allem deshalb anfällig, weil sie ständig über Funk Informationen zu Unfällen, Straßensperren oder Wetterbedingungen erhalten. Hacker könnten mit simplen Systemen Funkwellen abfangen, ändern oder neue Informationen auf anderen Frequenzen an die Geräte senden, so die Experten. afp

Bleiberecht für Illegale

Lissabon. In Portugal sollen Zehntausende von illegalen Immigranten ein Bleiberecht erhalten. Dies sieht ein neues Ausländergesetz vor, das am Freitag in Kraft getreten ist. Nach Angaben der Zeitung „Jornal de Notícias“ dürften etwa 40 000 Ausländer die gewünschten Papiere erhalten. Voraussetzung ist, dass die Betroffenen in Portugal geboren wurden oder einen Arbeitsplatz nachweisen können. Ausländerverbände bemängelten, dass 150 000 „Illegale“ nicht in den Genuss der neuen Regelung kommen könnten. dpa

Russische Marine will ans Mittelmeer

Moskau. Russland sollte nach Einschätzung seines Marinechefs wieder einen permanenten Militärstützpunkt am Mittelmeer errichten. „Das Mittelmeer ist strategisch gesehen sehr wichtig für die Schwarzmeer-Flotte“, sagte Admiral Wladimir Massorin laut der Nachrichtenagentur RIA. Militärexperten zufolge betrieben die russischen Seestreitkräfte während des Kalten Kriegs eine Basis in Syrien. tr

Protestwelle gegen Rüttgers

Die Reformpläne der schwarz-gelben Landesregierung stoßen zunehmend auf heftigen Widerstand. Gewerkschaften und Verbände planen für die nächsten Wochen zahlreiche Demonstrationen

Von Ulrich Horn

Essen. Mit dem Ende der Sommerferien rollt auf Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) und seine Düsseldorf CDU/FDP-Koalition eine große Protestwelle zu.

Den Auftakt macht der DGB am 8. August. Dann wollen die Gewerkschaften vor dem Landtag gegen die Reform des Personalvertretungsgesetzes demonstrieren. Mit der Reform soll die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst eingeschränkt werden. Der DGB rechnet mit bis zu 10000 Teilnehmern. Den Protestaufruf haben auch CDU-Politiker unterschrieben, allen voran der frühere Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Selbst in der CDU-Landtagsfraktion rührt sich inzwischen bei Mitgliedern der Arbeitnehmerflügel Widerstand.

Die Gewerkschaften befürchten, Einschnitte bei der

Mitbestimmung im öffentlichen Dienst könnten Abstriche bei der betrieblichen Mitbestimmung nach sich ziehen. Deshalb demonstrieren die Industriegewerkschaften den Schulterschluss mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Auf der Kundgebung wird neben dem Chef der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, auch IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzel reden.

Am 14. August wollen die städtischen Betriebe in Dortmund gegen die Pläne der Koalition protestieren, die wirtschaftliche Betätigung der kommunalen Unternehmen einzuschränken. Für den 29. August sind landesweit Protestaktionen geplant, von den Stadtwerken bis zu den Nahverkehrsbetrieben. „Da dürfen dann schon mal Straßenbahnen Pause machen oder Beratungszentren geschlossen bleiben“, heißt es.

Die Beschäftigten der Ver-

sorgungsämter wollen am 6. September in Düsseldorf aufmarschieren. Ihr Protest richtet sich gegen die Absicht der Koalition, die Aufgaben der Ämter den Städten zu übertragen. Der Widerstand wird von einem breiten Bündnis aus

Wohlfahrts-, Sozial- und Rentnervereinen getragen. Die Organisatoren rechnen mit großem Zulauf.

Auch die Erzieherinnen bereiten große Protestaktionen vor. Vom 3. bis 14. September sollen alle Landtagsabgeord-



Wütend auf der Straße: Bereits im letzten November gab es Proteste des DGB in Düsseldorf. Foto: dpa